

Pressemitteilung

Gewerkschaft warnt vor pauschaler Schließung

Lockdown für Gastronomie in NRW: „Politik darf Branche nicht opfern“

Düsseldorf, 29. Oktober 2020

Angesichts der beschlossenen Schließung der Gastronomie warnt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vor massiven Folgen für die Branche in Nordrhein-Westfalen. „Die Landesregierung sollte sich die Lage im Gastgewerbe genau anschauen und die Pläne überdenken. Zahlen des Robert Koch-Instituts zeigen, dass Gaststätten und Restaurants zuletzt keine Infektionsherde waren – im Gegensatz etwa zu privaten Feiern“, so NGG-Landesvorsitzender Mohamed Boudih.

Der Gewerkschafter ruft die Politik auf, zu differenzieren anstatt zu pauschalisieren. Es müsse unterschieden werden zwischen Bars, Kneipen und Diskotheken auf der einen Seite – und Speisegaststätten und Restaurants auf der anderen Seite. *„Wenn etwa der Stammtaliener die Abstands- und Hygienevorschriften strikt einhält, dann ist das Infektionsrisiko sehr gering. Anders kann es in Fußballkneipen aussehen, in denen sich samstags Fans beim Bier treffen“*, unterstreicht Boudih.

Die für den November angekündigten Sonderhilfen in Höhe von 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats reichten für viele Restaurants und Gaststätten nicht aus. Denn sie litten bereits unter dramatischen Verlusten, die sich seit März aufgehäuft hätten. *„Zudem wird es selbst nach optimistischen Annahmen erneut viele Wochen, wenn nicht gar Monate dauern, bis die Branche nach Wiederöffnung Fuß fassen kann. Deshalb müssen Bund und Länder nachlegen, um der Branche zu helfen, die nächsten Monate zu überstehen“*, fordert Boudih. Insbesondere für die notleidenden kleinen und mittleren Betriebe müsse es weitergehende Hilfen geben. Außerdem solle Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent des individuellen Nettoentgelts aufgestockt werden. Darüber hinaus verlangt die NGG ein Qualifizierungsprogramm für Kurzarbeitende unter Beteiligung der Tarifparteien sowie die Sicherung der Berufsausbildung.

Ohne diese Maßnahmen dürften viele der landesweit rund 28.000 gastgewerblichen Betriebe mit ihren mehr als 330.000 Beschäftigten den erneuten Lockdown nicht verkraften. *„Niemand will, dass Gaststätten wie in Ischgl zum Corona-Hotspot werden. Aber die Politik muss abwägen, wo Schließungen wirklich Sinn machen. Es darf keine ganze Branche pauschal geopfert werden“*, so die NGG. Boudih verweist auf die langfristigen Folgen. Wenn ein Großteil der Gastronomiebetriebe pleitegehe, dann seien viele Arbeitsplätze in Gefahr und auch die Innenstädte veränderten sich. Diese litten bereits unter der Krise im Einzelhandel.

Das Robert Koch-Institut (RKI) geht in einem aktuellen Lagebericht davon aus, dass Speisegaststätten „*keine Treiber der Pandemie*“ sind. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung soll das RKI darüber auch Kanzlerin Merkel und die Chefs der Staatskanzleien in den Ländern informiert haben.